

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 22/2021

3. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (VwV Beurteilung SMWK) vom 17. Mai 2021 642

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Mittelstandsrichtlinie vom 12. Mai 2021 644

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt 1. Allgemeinverfügung zur Änderung der Allgemeinverfügung zur Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts an Hochschulen, der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes Az.: 15-5012/172/18 vom 19. Mai 2021 645

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der 9. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe Gz.: 20-2217/151/2 vom 17. Mai 2021 647

9. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe 647

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ Gz.: 20-2217/13/2 vom 17. Mai 2021 ... 649

Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ 650

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Deutschlandradios Veröffentlichung der Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten der ARD und des Deutschlandradios vom 1. Februar 2021 655

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (VwV Beurteilung SMWK)

Vom 17. Mai 2021

Aufgrund von § 93 Absatz 3 Satz 3 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 318) geändert worden ist, wird zur Durchführung der Sächsischen Beurteilungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 2018 (SächsGVBl. S. 504) für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus Folgendes bestimmt:

1. Anwendungsbereich

Diese Verwaltungsvorschrift gilt für die Beamtinnen und Beamten des Freistaates Sachsen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWK) mit Ausnahme des in § 1 Absatz 1 der Sächsischen Beurteilungsverordnung genannten Personenkreises.

2. Zuständigkeit

Zuständig im SMWK sind

- a) die Amtschefin oder der Amtschef für die Leiterin oder den Leiter des Geschäftsbereichs Kultur und Tourismus (GB KT), die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter im SMWK, die Beamtinnen und Beamten des Leitungsstabes Wissenschaft/Forschung (GB WF), der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit GB WF, des eigenen Büros sowie des Ministerbüros GB WF,
- b) die Leiterin oder der Leiter GB KT für die Beamtinnen und Beamten des Leitungsstabes GB KT, der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit GB KT, des eigenen Büros sowie des Ministerbüros GB KT,
- c) die jeweilige Abteilungsleiterin oder der jeweilige Abteilungsleiter für die Beurteilung der Beamtinnen und Beamten der eigenen Abteilung sowie für die Beurteilung der jeweils ihrer Abteilung zugeordneten Leiterinnen und Leiter der nachgeordneten Einrichtungen des SMWK.

3. Beurteilungskommission

- a) Die Beurteilungskommission gemäß § 4 Absatz 2 der Sächsischen Beurteilungsverordnung im SMWK setzt sich zusammen aus der Amtschefin als Vorsitzende oder dem Amtschef als Vorsitzendem, der Leiterin oder dem Leiter des GB KT, den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern und der Leiterin oder dem Leiter des Referates Personal.

- b) Die Beurteilungskommission entscheidet einstimmig; im Falle der Nichteinigung entscheidet die Amtschefin oder der Amtschef. Beurteilungen oder Beurteilungsbeiträge über Abteilungsleiterinnen oder Abteilungsleiter werden der Beurteilungskommission nicht vorgelegt.
- c) Die Leiterinnen und Leiter der nachgeordneten Einrichtungen des SMWK legen die Zusammensetzung der Beurteilungskommission in eigener Zuständigkeit fest.

4. Vergleichsgruppen

Es sind möglichst große Vergleichsgruppen aus den Beamtinnen und Beamten derselben Besoldungsgruppe innerhalb einer Laufbahngruppe zu bilden. Bei Referatsleiterinnen und Referatsleitern einschließlich der Leiterin oder des Leiters des Leitungsstabes GB WF und des Leitungsstabes GB KT sowie Leiterinnen und Leitern von Dezernaten und Sachgebieten ist ausnahmsweise die Bildung einer Vergleichsgruppe auf Funktionsebene zulässig. Bei der Bildung einer Vergleichsgruppe sind nur die Beamtinnen und Beamten zu berücksichtigen, die beurteilt werden.

5. Beurteilungsentwürfe

Vor der Erstellung einer Beurteilung soll von der oder dem unmittelbaren Vorgesetzten ein Beurteilungsentwurf eingeholt werden, sofern die zuständige Beurteilerin oder der zuständige Beurteiler nicht gleichzeitig die oder der unmittelbare Vorgesetzte ist. Die Entwürfe werden nicht eröffnet. Nach Aufnahme der Beurteilung in die Personalakte sind Entwürfe und Notizen zu vernichten.

6. Beurteilung Schwerbehinderter

Bei der Beurteilung von schwerbehinderten oder diesen gleichgestellten Beamtinnen und Beamten ist die Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung zur Durchführung des Sozialgesetzbuches – Neuntes Buch – (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen vom 28. Oktober 2009 (SächsABl. S. 1792), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 17. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 334), in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

7. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 10. Mai 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die VwV Beurteilung

SMWK vom 27. September 2012 (SächsABl. S. 1274), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 393), außer Kraft.

Dresden, den 17. Mai 2021

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Mittelstandsrichtlinie

Vom 12. Mai 2021

I.

Teil C Ziffer I der Mittelstandsrichtlinie vom 23. März 2020 (SächsABl. S. 398) wird wie folgt gefasst:

„Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des Jahres 2023 außer Kraft.“

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 12. Mai 2021

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

1. Allgemeinverfügung zur Änderung der Allgemeinverfügung zur Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts an Hochschulen, der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes

Az.: 15-5012/172/18

Vom 19. Mai 2021

Aufgrund des § 28b Absatz 3 Satz 4, 5 und 9 in Verbindung mit Satz 3 und § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 7. Mai 2021 (BGBl. I S. 850) geändert worden ist, sowie in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 3 der Infektionsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Januar 2019 (SächsGVBl. S. 83), der durch die Verordnung vom 13. März 2020 (SächsGVBl. S. 82) geändert worden ist, erlässt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt folgende

Allgemeinverfügung:

Teil 1

Änderung der Allgemeinverfügung zur Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts an Hochschulen, der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes

Die Allgemeinverfügung zur Ausnahme von der Untersagung des Präsenzunterrichts an Hochschulen, der Präsenzbeschulung für Abschlussklassen und Förderschulen sowie Festlegung von Kriterien für eine Notbetreuung für Grund- und Förderschulen sowie Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales

und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 10. Mai 2021, Az.: 15-5012/172/18, wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer 1.2.4 werden nach dem Wort „Ausbildungsberufe“ die Wörter „und solche der Gesundheitsfachberufe“ eingefügt.
2. In Ziffer 1.2.11 werden nach der Angabe „Klassenstufe 4“ die Wörter „und Lerngruppen im Abschlussunterricht Schwimmen“ eingefügt.
3. In Ziffer 1.6.1 werden nach den Wörtern „aktuell Personensorgeberechtigte“ die Wörter „gemäß der Anlage 1“ gestrichen.
4. In Ziffer 1.6.2 werden nach den Wörtern „einer der Personensorgeberechtigten“ die Wörter „gemäß der Anlage 2“ gestrichen.
5. Ziffer 1.7 wird wie folgt gefasst:
„Gegenüber der Schule oder den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Einrichtungen ist schriftlich zu erklären, dass eine Betreuung des Kindes aus den in Ziffer 1.6.1 bis 1.6.4 genannten Gründen nicht möglich ist. Die Schule oder die in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Einrichtungen haben die schriftliche Erklärung im Original bis zum Ablauf des 30. Juni 2021 aufzubewahren und danach unverzüglich zu vernichten. Vor dem 25. Mai 2021 vorgelegte Nachweise bleiben gültig und sind gleichfalls bis zum Ablauf des 30. Juni 2021 aufzubewahren und danach unverzüglich zu vernichten.“
6. Die Anlagen 1 bis 3 werden aufgehoben.

Teil 2
**Bekanntgabe, Wirksam- und
Unwirksamwerden, Widerrufsvorbehalt**

1. Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird der 20. Mai 2021 bestimmt. Sie wird am 25. Mai 2021 wirksam. Die Allgemeinverfügung wird mit Ablauf des 30. Juni 2021 unwirksam.
2. Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass nach ihrer Bekanntgabe die Sachlage der SARS-CoV-2-Pandemie oder die infektionsschutzrechtliche Rechtslage sich so entwickelt, dass andere als die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Regelungen erforderlich werden.

Teil 3
Möglichkeit der Einsichtnahme

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung ist bei Referat 15 – Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle – des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlich festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

Begründung

Zu Teil 1, Ziffer 1:

Mit der Ergänzung der Gesundheitsfachberufe in Ziffer 1.2.4. wird § 23 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 4. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 454) nachvollzogen.

Zu Teil 1, Ziffer 2:

Der Lernbereich 5 „Schwimmen“ im Fach Sport der Grundschule hat den Charakter eines Abschlussjahrganges. Schwimmen ist ein unverzichtbares, nicht austauschbares Erfahrungsfeld im Entwicklungsprozess eines jeden Menschen. Dies begründet sich einerseits aus der Notwendigkeit der Wassersicherheit gegenüber der Gefahr des Ertrinkens sowie andererseits aus dem hohen gesundheitsfördernden Wert dieses Lernbereiches. Der Erwerb der lebensnotwendigen Schwimm-Kompetenz erfordert deshalb, den Lernbereich Schwimmen als Unterricht in Abschlussklassen aufzunehmen.

Zu Teil 1, Ziffern 3:

Mit der Änderung wird eine Notbetreuung unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer speziellen Berufsgruppe ermöglicht.

Dresden, den 19. Mai 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Dagmar Neukirch
Staatssekretärin

Zu Teil 1, Ziffer 4:

Mit der Änderung wird eine Notbetreuung unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer speziellen Berufsgruppe ermöglicht.

Zu Teil 1, Ziffer 5:

Eine Arbeitgeberbescheinigung ist zum Nachweis dafür, dass berufsbedingt eine Betreuung des Kindes nicht möglich ist, nicht mehr erforderlich. Ausreichend ist nunmehr eine schriftliche Erklärung gegenüber der Schule oder den in § 33 Nummer 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes genannten Einrichtungen, dass eine Betreuung des Kindes berufsbedingt et cetera nicht möglich ist. Bereits vorliegende Nachweise behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Sowohl die schriftliche Erklärung als auch die bereits vorliegenden Nachweise sind bis zum Ablauf des 30. Juni 2021 aufzubewahren und danach unverzüglich zu vernichten.

Zu Teil 1, Ziffer 6:

Die Anlagen 1 bis 3 sind durch die vorangehenden Änderungen aufzuheben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerde seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;
- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;
- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der 9. Änderungssatzung zur Verbandssatzung
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe

Gz.: 20-2217/151/2

Vom 17. Mai 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 26. April 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe am 13. November 2018 beschlossene 9. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe genehmigt.

Die 9. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 17. Mai 2021

Landesdirektion Sachsen
Weihe
Referatsleiter

9. Änderungssatzung
zur
Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe

Auf der Grundlage von § 61 Absatz 1, § 26 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 626), hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe am 13. November 2018 beschlossen:

1. In § 3 werden die Absätze 3 und 4 gestrichen.
2. In § 3 wird der bisherige Absatz 5 neuer Absatz 3 und wie folgt gefasst:
„(3) Die Verbandsmitglieder haben die Aufgabe der Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung folgender Verkehre auf den Zweckverband übertragen:
a) Ersatzverkehre mit Kraftomnibussen als dauerhafter Ersatz für vom Zweckverband abbestellte Eisenbahnverkehrsleistungen (SPNV-Ersatz-Verkehre);

- b) Ergänzungsverkehre mit Straßenbahnen und Kraftomnibussen für bedeutende Korridore zwischen Dresden und dem Umland, soweit die Ergänzungsverkehre zur Nachtzeit zwischen 0.00 Uhr und 4.00 Uhr angeboten werden (Nacht-Verkehre);
- c) Ergänzungsverkehre mit Kraftomnibussen für vom Zweckverband festgelegte Korridore, soweit das Verkehrsbedienungsangebot in diesen Korridoren nicht die Kriterien gemäß Anlage zu dieser Verbandssatzung erfüllt (PlusBus-Verkehre).
Sind der Zweckverband und ein oder mehrere Verbandsmitglieder an der Finanzierung eines Linienverkehrs beteiligt, sind einvernehmliche Regelungen zur Bestellung der Leistung (Festlegung der Federführung) zu treffen.“

3. In § 3 wird der bisherige Absatz 6 neuer Absatz 4.
4. In § 15 Absatz 3 Satz 3 werden die Worte „und Absatz 4“ gestrichen.

5. Die Anlage zur Verbandssatzung wird durch folgende neue Anlage ersetzt:
„Anlage (zu § 3 Abs. 3 lit. c) der Verbandssatzung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe)

Kriterium	Mindestvorgabe		tolerierte Abweichungen Die nachfolgend beschriebenen Abweichungen dürfen je Linie bei maximal drei Kriterien auftreten.
Grundangebot auf Stamm-linienweg:	Mo–Fr:	15 Fahrtenpaare (FP) im Zeitraum zw. 5 und 21 Uhr	Mo–Fr ist je eine Taktlücke im Zeitraum 9–12 Uhr und 18–21 Uhr zugelassen; dabei müssen mindestens 13 Fahrtenpaare angeboten werden.
	Sa:	6 FP	
	So:	4 FP	
Linienweg	direkter und konstanter Linienweg ohne Abweichungen innerhalb der Verkehrstage Mo–Fr/Sa/SoF		Mo–Fr max. 2 Fahrten mit betrieblich bedingt abweichendem Linienweg zugelassen. Zusätzlich möglich: • sachlich begründete Abweichungen zur Bedienung von Schulen, Freizeitzielen und Einkaufszentren (d. h. Orte, bei denen keine ganztägige Bedienung sinnvoll erscheint)

Exakter Takt	exakter Takt ohne Abweichungen innerhalb der Verkehrstage Mo–Fr/Sa/SoF, dabei ist Mo–Fr ein 60-min-Takt anzubieten; unkritisch ist ein 2. Fahrzeitprofil ab 18 Uhr oder ein Takt-sprung, soweit dieser aus den Verkehrsströmen/der Hauptumsteigerichtung resultiert	Mo–Fr max. 2 Fahrten mit abweichendem Takt zugelassen. Zusätzlich möglich: • Abweichungen bei abweichenden Zugabfahrten (Anschlussgewährung) • Abweichungen durch die zusätzliche Bedienung von Schulen, Freizeitzielen und Einkaufszentren (max. 5 Minuten)
Gleicher Fahrplan an Schul- und Ferientagen	gleicher Fahrplan an Schul- und Ferientagen ohne Abweichungen	Mo–Fr: max. 4 Fahrten abweichend
Einheitliche Abfahrtsminuten am Wochenende	einheitliche Abfahrtsminuten am Wochenende ohne Abweichungen	– entfällt –
Bedienung bedeutender Verknüpfungspunkte	Bedienung bedeutender Verknüpfungspunkte (z. B. Bahnhof, Busbahnhof) muss gegeben sein	– entfällt –
zeitlich günstige Verknüpfung in Hauptumsteigerichtung (nach Abzug von Wegezeiten)	max. 10 Min. Wartezeit bei Taktlagen	max. 15 Min. Wartezeit bei Taktlagen
Rufbus-Einsatz	RufBus im Grundangebot nicht zugelassen	– entfällt –

16. Die Änderung der Verbandssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Weinböhla, den 13. November 2018

Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe
Arndt Steinbach
1. Stellvertretender Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gilt die vorstehende Satzung, sofern sie unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen ist, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Verband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung
des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“**

Gz.: 20-2217/13/2

Vom 17. Mai 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 23. April 2021 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ am 16. März 2021 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 17. Mai 2021

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
Referent
In Vertretung des Referatsleiters

Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“

Auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) hat die Versammlungsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ am 16. März 2021 die folgende Neufassung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ beschlossen.

§ 1

Name Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Zweckverband führt den Namen „Obere Spree“. Er hat seinen Sitz in Schirgiswalde-Kirschau, Landkreis Bautzen.

2. Das Geschäftsjahr des Verbandes ist das Kalenderjahr.

§ 2

Verbandsmitglieder

1. Mitglieder des Abwasserzweckverbandes sind die Gemeinden:

- Sohland an der Spree
- Schirgiswalde-Kirschau (Stadt)
- Wilthen (Stadt)
- Großpostwitz
- Cunewalde

im Landkreis Bautzen
und die Gemeinden

- Oppach
- Neusalza-Spremberg (Stadt)
- Beiersdorf

im Landkreis Görlitz

2. Die Aufnahme weiterer Mitglieder erfolgt durch Beschluss der Versammlungsversammlung und bedarf der Mehrheit von 2/3 der Stimmen der Mitglieder der Versammlungsversammlung.

3. Der Beschluss über den Austritt eines Verbandsmitgliedes aus dem Zweckverband bedarf einer Mehrheit von mindestens ¾ der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder in der Versammlungsversammlung. Die Zustimmung der Versammlungsversammlung darf nur erteilt werden, wenn die Auseinandersetzung geregelt ist. Die Bedingungen des Austritts sind zwischen dem Zweckverband und der austretenden Verbandsgemeinde festzulegen. Sie müssen:

- a) den Aufwendungen des Zweckverbandes für die austretende Verbandsgemeinde und
- b) der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens für die im Zweckverband verbleibenden Verbandsgemeinden Rechnung tragen,
- c) den Anteil des austretenden Verbandsmitgliedes an einer Vermögensbildung des Verbandes berücksichtigen.

4. Beim Austritt eines Verbandsmitgliedes bleibt das Nutzungsrecht der Grundstücke der Gemeinde für die Weiterleitung von Abwasser (Kanalisation, Sammler) erhalten. Das Recht, aus wichtigem Grund zu kündigen, bleibt unberührt.

5. Die Anteile der Mitgliedsgemeinden am Zweckverband werden auf der Basis der Einwohnerzahlen zum

30. Juni des Vorjahres aufgeteilt. Bei Mitgliedsgemeinden, in denen der Verband nur in einzelnen Ortsteilen tätig ist, werden nur die Einwohnerzahlen dieser Ortsteile zu Grunde gelegt.

6. Der räumliche Wirkungskreis des Zweckverbandes umfasst das Gebiet der Verbandsmitglieder gemäß § 2 Abs. 1, in der Gemeinde Großpostwitz jedoch nur das Gebiet des Ortsteils Eulowitz.

§ 3

Aufgaben

1. Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Bereich seiner Verbandsmitglieder Sammel-, Abwasserbeseitigungs- und Reinigungsanlagen (mechanisch, biologisch, chemische Kläranlagen, Hauptsammler, Ortssammler) zu planen, zu errichten und zu betreiben. Er ist zuständig für die Abwasserbeseitigung aus abflusslosen Gruben und dezentralen Kleinkläranlagen. Dies umfasst die Entleerung der Gruben, die Abfuhr und die schadlose Beseitigung der Anlageninhalte. Er überwacht die Eigenkontrolle und die Wartung dieser Anlagen.

2. Der Verband berät die Mitglieder, die Einwohner und die Abgabepflichtigen des Verbandsgebietes in Angelegenheiten der Schmutzwasser- und Niederschlagswasserentsorgung.

3. Der Zweckverband erfüllt seine Aufgaben kostendeckend. Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken. Im Vollzug des Abwasserabgabengesetzes ist der Zweckverband anstelle der Kleininleiter abgabepflichtig.

4. Die Verbandsmitglieder gestatten dem Verband für die Durchführung seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Benutzung ihrer einschlägigen Akten und Pläne. Die für die Aufgaben des Zweckverbandes erforderliche Nutzung gemeindeeigener Grundstücke wird durch die Verbandsmitglieder unentgeltlich gestattet. Grundstücke, auf denen die Kläranlagen und Sonderbauten errichtet werden, sind vom Zweckverband zu erwerben.

5. Die Mitgliedsgemeinden geben für den Aufgabenbereich des Zweckverbandes das ihnen zustehende Recht der Gebühren- und Beitragserhebung an den Zweckverband ab.

6. Der Zweckverband bedient sich bei der Erfüllung der ihm gemäß Abs. 1 übertragenen Aufgaben der SachsenEnergie AG Friedrich-List-Platz 2; 01069 Dresden, als Verwaltungshelferin. Sie ist ermächtigt, in kommunalabgabenrechtlichen Verwaltungsverfahren einschließlich der Vollstreckung Verwaltungsakte gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) in Verbindung mit § 118 der Abgabenordnung zu erlassen. Dies betrifft insbesondere Verwaltungsakte zu Beiträgen gemäß §§ 17 ff SächsKAG und Benutzungsgebühren gemäß §§ 9 ff SächsKAG.

§ 4

Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. Versammlungsversammlung

2. Verbandsvorsitzender
3. Verwaltungsrat

§ 5

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung besteht aus dem Vorsitzenden und den Vertretern der Verbandsmitglieder. Von den Verbandsmitgliedern wird für jeden Vertreter ein Stellvertreter bestellt.

2. Die Verbandsmitglieder werden durch die Bürgermeister vertreten, sofern nicht auf dessen Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitglieds einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

Die Stellvertreter und die weiteren Vertreter werden von den Gemeinderäten gewählt. Jedes Mitglied mit mehr als 3000 Einwohnern entsendet einen weiteren Vertreter. Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern steht ein 3. Vertreter zu. Maßgebend ist die fortgeschriebene Einwohnerzahl vor der Neuwahl der Gemeinderäte für das Gebiet der Gemeinde in dem der Zweckverband tätig ist.

Die Anzahl der hierdurch ermittelten Vertreter der Verbandsversammlungen bleibt bis zum jeweiligen Ablauf der Wahlperiode der gemeindlichen Vertreterorgane aufrechterhalten, auch wenn sich in der Zwischenzeit für die Verbandsgemeinschaft eine höhere oder niedrigere Einwohnerzahl ergibt.

3. Jedes Verbandsmitglied hat so viel Stimmen in der Verbandsversammlung wie es Vertreter entsendet. Die Stimmen eines Verbandsmitglieds werden einheitlich durch den Vertreter nach § 5 Abs. 2 Satz 1 abgegeben.

§ 6

Einberufung der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsitzenden schriftlich oder in elektronischer Form einberufen.

Die Einladung muss Tageszeit und Tagungsort sowie die Beratungsgegenstände angeben und den Verbandsmitgliedern spätestens zwei Wochen vor der Sitzung zugehen. In Eilfällen kann die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

2. Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen, sie muss einberufen werden, wenn es ein Fünftel der satzungsmäßigen Vertreter in der Verbandsversammlung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt.

§ 7

Aufgaben der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbands. Sie überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse durch die Verbandsverwaltung.

2. Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsitzenden und seinen Stellvertreter.

3. Die Verbandsversammlung ist für die Angelegenheiten des Zweckverbandes zuständig, soweit nicht nach Ge-

setz oder dieser Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden oder des Verwaltungsrates gegeben ist.

4. Die Verbandsversammlung kann zur Vorberatung auf bestimmten Gebieten beratende Ausschüsse bilden.

5. Die Verbandsversammlung beschließt insbesondere über:

- a) Erlass oder Änderung der Verbandssatzung;
- b) Beitritt weiterer Mitglieder;
- c) Ausscheiden von Mitgliedern;
- d) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers;
- e) Erlass, Änderung und Aufhebung von sonstigen Satzungen, Festlegungen von Entwässerungsbedingungen sowie dazugehörigen Entgelten;
- f) Beschluss und Änderung des Wirtschaftsplanes und der Haushaltssatzung, Festlegungen der Umlagen;
- g) Feststellung der Jahresrechnung/des Jahresabschlusses sowie Entlastung des Verbandsvorsitzenden;
- h) Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss und für die örtliche Prüfung;
- i) Beitritt zu Zweckverbänden und Austritt aus diesen;
- j) Auflösung des Verbandes;
- k) Verfügung über Verbandsvermögen von mehr als 250.000,00 EUR;
- l) Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bei einem Wert von mehr als 250.000,00 EUR;
- m) Erlass, Niederschlagung oder Stundung von Forderungen bei einem Wert von mehr als 50.000,00 EUR;
- n) Führung von Rechtsstreiten oder Abschluss von Vergleichen und außergerichtlichen Einigungen bei einem Wert von mehr als 250.000,00 EUR;
- o) Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Verband Verpflichtungen von mehr als 250.000,00 EUR mit sich bringen;
- p) Abschluss von Rechtsgeschäften innerhalb des Vollzuges des Bauplans von mehr als 750.000,00 EUR;
- q) Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 100.000,00 EUR;
- r) Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie diesen gleichkommenden Rechtsgeschäften;
- s) sonstige Angelegenheiten, die für den Verband von besonderer Bedeutung sind.

§ 8

Beschlussfassung der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesamtstimmenzahl der Verbandsmitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, wird innerhalb von 6 Wochen eine neue Verbandsversammlung einberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn Vertreter von mindestens drei Verbandsmitgliedern anwesend und stimmberechtigt sind. Darauf ist bei der Einladung ausdrücklich hinzuweisen.

2. Die Verbandsversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit der anwesenden Verbandsmitglieder.

Über Änderungen der Verbandssatzung beschließt die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von 2/3 der Stimmen aller Mitglieder in der Verbandsversammlung.

3. Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden; ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied widerspricht.

§ 9 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat 8 Mitglieder. Er besteht aus dem Verbandsvorsitzenden, seinem Stellvertreter und 6 weiteren, aus dem Personenkreis nach § 5 Abs. 2, Satz 1 gewählten, Vertretern.

§ 10 Aufgaben des Verwaltungsrates

1. Der Verwaltungsrat arbeitet auf der Grundlage einer Geschäftsordnung und verwaltet die Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht nach dieser Satzung oder aufgrund Gesetzes der Verbandsvorsitzende oder die Verbandsversammlung zuständig ist.

2. Der Verwaltungsrat hat im Falle der Auflösung des Verbandes die Liquidation durchzuführen, falls nicht besondere Liquidatoren von der Verbandsversammlung bestellt werden.

3. Der Verwaltungsrat ist insbesondere zuständig für:

- a) Vorberatung der Sitzungen und der Beschlussangelegenheiten der Verbandsversammlung;
- b) Vorberatung des Wirtschaftsplanes und der Umlagen;
- c) Personalangelegenheiten von Mitarbeitern des Verbandes in den Entgeltgruppen TVÖD 7 und höher sowie vergleichbaren außertariflichen Mitarbeitern jeweils im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden;
- d) Verfügung über Verbandsvermögen von mehr als 75.000 EUR bis 250.000,00 EUR;
- e) Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bei einem Wert von mehr als 75.000 EUR bis 250.000,00 EUR;
- f) Erlass, Niederschlagung oder Stundung von Forderungen bei einem Wert von mehr als 15.000 EUR bis 50.000 EUR;
- g) Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen bei einem Wert von mehr als 75.000,00 EUR bis 250.000,00 EUR;
- h) Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Verband Verpflichtungen in Höhe von mehr als 75.000,00 bis 250.000,00 EUR mit sich bringen;
- i) Abschluss von Rechtsgeschäften innerhalb des Vollzuges des Bauplans von mehr als 75.000,00 EUR bis 750.000,00 EUR;
- j) Kreditaufnahme im Rahmen des Wirtschaftsplanes;
- k) Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 25.000,00 EUR bis 100.000,00 EUR.

§ 11 Rechtsstellung der Vertreter

Die Vertreter der Verbandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig.

§ 12 Verbandsvorsitzender

1. Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte der nach § 5 Abs. 2, Satz 1 entsandten Vertreter gewählt.

2. Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig. Sie werden für die Dauer von fünf Jahren,

sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt.

3. Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrats sowie Leiter der Verbandsverwaltung.

4. Der Verbandsvorsitzende übt sein Amt bis zum Amtsantritt des neu gewählten Vorsitzenden weiter aus.

§ 13 Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden

1. Der Verbandsvorsitzende vertritt den Verband nach außen.

2. Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates und erledigt in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten, die nach der Sächsischen Gemeindeordnung dem Bürgermeister obliegen. Er erfüllt die ihm durch Gesetz zugewiesenen weiteren Aufgaben.

3. Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsitzenden weitere Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

4. Der Verbandsvorsitzende kann einzelne seiner Befugnisse dem Geschäftsführer oder mit Zustimmung eines Verbandsmitgliedes dessen Dienstkräften übertragen. Der Verbandsvorsitzende informiert den Verwaltungsrat über seine Entscheidung.

5. Der Verbandsvorsitzende ist Leiter der Verbandsverwaltung. Insbesondere kommen ihm im Rahmen des Wirtschaftsplanes zu:

- a) Personalangelegenheiten von Mitarbeitern des Verbandes in den Entgeltgruppen bis TVÖD 6 sowie vergleichbaren außertariflichen Mitarbeitern;
- b) Verfügung über Verbandsvermögen bis 75.000,00 EUR;
- c) Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bei einem Wert bis 75.000,00 EUR;
- d) Erlass, Niederschlagung oder Stundung von Forderungen bei einem Wert bis 15.000,00 EUR;
- e) Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen bei einem Wert von bis 75.000,00 EUR;
- f) Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art, die für den Verband Verpflichtungen in Höhe bis 75.000,00 EUR mit sich bringen;
- g) Abschluss von Rechtsgeschäften innerhalb des Vollzuges des Bauplans bis 75.000,00 EUR;
- h) Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis 25.000 EUR.

6. In dringlichen Angelegenheiten zur Abwendung von Schäden, deren Erledigung nicht bis zur nächsten Sitzung der Verbandsversammlung oder des Verwaltungsrates bzw. nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Sitzung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle des zuständigen Verbandsorgans. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung bzw. dem Verwaltungsrat in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.

7. Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsorgane über alle wichtigen, den Verband und dessen Verwaltung betreffenden, Angelegenheiten zu unterrichten.

§ 14**Geschäftsstelle**

1. Der Zweckverband unterhält eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle unterstützt den Verbandsvorsitzenden nach seinen Weisungen bei den laufenden Verwaltungsgeschäften.

2. Die Geschäftsstelle wird vom Geschäftsführer geleitet. Er ist an die Beschlüsse der Verbandsversammlung, des Verwaltungsrates und an die Weisungen des Verbandsvorsitzenden gebunden.

§ 15**Mitarbeiter**

1. Der Verband beschäftigt hauptamtliche Mitarbeiter.

2. Die Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern obliegt den einzelnen Verbandsorganen im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden entsprechend den Regelungen dieser Satzung nach Maßgabe des von der Verbandsversammlung festzustellenden Stellenplanes. Im Übrigen gelten für die Mitarbeiter des Zweckverbandes die gesetzlichen oder tariflichen Bestimmungen, soweit nicht Sonderverträge geschlossen wurden.

3. Der Verbandsvorsitzende ist Vorgesetzter der Mitarbeiter des Zweckverbandes.

§ 16**Deckung des Finanzbedarfs, Umlageschlüssel**

1. Der Zweckverband deckt seinen Finanzbedarf durch Einnahmen aus Gebühren- und Beitragserhebung und sonstigen Einnahmen.

2. Soweit die Einnahmen nach Abs.1 zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Mitgliedsgemeinden Umlagen. Ist die Haushaltssatzung zu Beginn eines Wirtschaftsjahres noch nicht in Kraft getreten, kann der Verband vorläufige Umlagen als Vorausleistung erheben.

3. Die Umlagen werden erhoben für die nicht gedeckten Sach-, Personal- sowie sonstigen Betriebsaufwendungen sowie für den nicht gedeckten Finanzbedarf zur Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Gemeinschaftsanlagen.

4. Die Umlagen werden bemessen nach den in § 2 Abs. 5 festgelegten Anteilen der Verbandsmitglieder am Zweckverband.

5. Umlagen werden einen Monat nach Aufforderung durch den Zweckverband zur Zahlung fällig.

§ 17**Haushaltswirtschaft**

1. Für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des Zweckverbandes finden die für die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung.

Dabei tritt an Stelle:

- der Gemeinde der Zweckverband;
- der Betriebssatzung die Verbandssatzung;

- des Gemeinderates die Verbandsversammlung;
- des Bürgermeisters und an die Stelle der Betriebsleitung der Verbandsvorsitzende;
- des Betriebsausschusses der Verwaltungsrat.

Neben dem Verwaltungsrat kann ein Beirat entsprechend § 7 Abs. 4 gebildet werden.

2. Zur Prüfung des Jahresabschlusses und für die Aufgaben der örtlichen Prüfung bedient sich der Verband eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

§ 18**Auflösung und Abwicklung**

1. Bei Auflösung des Zweckverbandes wird das vorhandene Vermögen nach Abzug der Verbindlichkeiten im Verhältnis der Regelungen des § 2 Absatz 5 auf die Verbandsmitglieder aufgeteilt. Übersteigen die Verbindlichkeiten das vorhandene Vermögen, so ist der Fehlbetrag nach dem gleichen Verhältnis auf die Verbandsmitglieder umzulegen.

2. Die Verbindlichkeiten, die der Ortskanalisation zuzurechnen sind, werden von der jeweiligen Mitgliedsgemeinde in voller Höhe übernommen.

§ 19**Streitigkeiten**

Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und seinen Verbandsmitgliedern oder bei Streitigkeiten der Verbandsmitglieder untereinander über Rechte und Pflichten aus dem Verbandsverhältnis, ist die Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 20**Öffentliche Bekanntmachungen**

1. Öffentliche Bekanntmachungen im Sinne der Kommunalbekanntmachungsverordnung (KommBekVO) erfolgen, soweit keine abweichenden Rechtsvorschriften bestehen, durch elektronische Veröffentlichung im Amtsblatt des Zweckverbandes, das auf der Internetseite des Zweckverbandes unter www.azv-obere-spree.de/Amtsblatt erscheint.

2. Sind Pläne oder zeichnerische Unterlagen, insbesondere Karten, Bestandteile der Bekanntmachung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie zur kostenlosen Einsicht durch Jedermann in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Dorfstraße 18, 02681 Schirgiswalde-Kirschau während der Sprechzeiten, mindestens aber 20 Stunden wöchentlich, für die Dauer von mindestens zwei Wochen, öffentlich ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Hierauf muss in der Bekanntmachung hingewiesen werden. Der wesentliche Inhalt der niedergelegten Teile muss in der Bekanntmachung mit Worten umschrieben werden.

3. Erscheint eine rechtzeitige Bekanntmachung in der vorgeschriebenen Form nicht möglich, kann die öffentliche Bekanntmachung in anderer geeigneter Weise durchgeführt werden. Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Wegfall des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form zu wiederholen, wenn sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

4. Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des Tages, an dem die in Abs. 1 genannte Veröffentlichung im Internet verfügbar ist, vollzogen. Die Ersatzbekanntmachung ist mit Ablauf ihrer Niederlegungsfrist nach Abs. 2 vollzogen. Die Notbekanntmachung ist mit ihrer Durchführung nach Ab. 3 vollzogen.

5. Der Vollzug der Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.

6. Es besteht für jedermann die Möglichkeit einen Ausdruck des elektronischen Amtsblattes zu erhalten. Darüber hinaus kann in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Einsicht in die Publikationen genommen werden.

§ 21

Ortsübliche Bekanntgaben

Ortsübliche Bekanntgaben des Zweckverbandes erfolgen durch Veröffentlichung auf der Internetseite des Zweckverbandes www.azv-obere-spree.de/Bekanntgaben.

Schirgiswalde-Kirschau, den 25. März 2021

Verbandsvorsitzender
Michael Herfort

§ 22

Dienstsiegel

Der Zweckverband führt ein Dienstsiegel. Das Dienstsiegel ist rund hat einen Durchmesser von 35 mm und zeigt das Wappen des Freistaates Sachsen sowie die Umschrift Abwasserzweckverband „Obere Spree“. Mehrere Ausfertigungen werden fortlaufend nummeriert.

§ 23

Inkrafttreten

Die Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Spree“ tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 21.04.2015 außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Deutschlandradios Veröffentlichung der Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten der ARD und des Deutschlandradios

Vom 1. Februar 2021

Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das Deutschlandradio veröffentlichen gemäß § 29 Absatz 4 des Medienstaatsvertrags (MStV) in den

amtlichen Verkündungsblättern der Länder eine Auflistung der von allen Anstalten insgesamt veranstalteten Hörfunkprogramme im Jahr 2021. Die Auflistung folgt nachstehend.

Köln, den 6. Mai 2021

Deutschlandradio
– Körperschaft des öffentlichen Rechts –
Dr. Markus Höppener
Justiziar

Anlage

Hörfunkwellen ARD/DRadio und ihre Ausstrahlungsart

Stand 1. Februar 2021

LRA	Welle	UKW	DAB+	Satellit	livestream
BR 5 5	BAYERN 1	x	x	x	x
	Bayern 2	x	x	x	x
	BAYERN 3	x	x	x	x
	BR-KLASSIK	x	x	x ⁴⁾	x
	B5 aktuell	x	x	x	x
	PULS	—	x	x	x
	BR Schlager	—	x	x	x
	B5 plus	—	x	x	x
	BR Verkehr	—	x	—	—
	BR Heimat	—	x	x	x
HR 6	hr1	x	x	x	x
	hr2-kultur	x	x	x	x
	hr3	x	x	x	x
	YOU FM	x	x	x	x
	hr4	x	x	x	x
	hr-INFO	x	x	x	x
MDR 7 3	MDR SACHSEN	x	x	x	x
	MDR SACHSEN-ANHALT	x	x	x	x
	MDR THÜRINGEN	x	x	x	x
	MDR AKTUELL	x	x	x	x
	MDR KULTUR	x	x	x	x
	MDR JUMP	x	x	x	x
	MDR SPUTNIK ⁶⁾	x	x	x	x
	MDR KLASSIK	—	x	x	x
	MDR Schlagerwelt ⁵⁾	—	x	—	x
	MDR TWEENS ⁵⁾	—	x	—	x
nachrichtlich	11 Webchannel	—	—	—	(x)
NDR 8 3	NDR 90,3	x	x	x	x
	NDR 1 Niedersachsen	x	x	x	x
	NDR 1 Radio MV	x	x	x	x
	NDR 1 Welle Nord	x	x	x	x
	NDR 2	x	x	x	x
	NDR Kultur	x	x	x	x
	NDR Info	x	x	x	x
	N-JOY	x	x	x	x
	NDR Info Spezial ⁵⁾	—	x	x	x
	NDR Plus ⁵⁾	—	x	x	x
	NDR Blue ⁵⁾	—	x	x	x
RB 4	Bremen Eins	x	x	x	x
	Bremen Zwei	x	x	x	x
	Bremen Vier	x	x	x	x
	COSMO ³⁾	(x)	(x)	—	(x)
	Bremen Next	x	x	—	x
	Die Maus ³⁾	—	(x)	—	—
RBB 6	Antenne Brandenburg	x	x	x	x
	Fritz	x	x	x	x
	Inforadio	x	x	x	x
	radioeins	x	x	x	x
	rbbKultur	x	x	x	x
	rbb 88.8	x	x	x	x
	COSMO ³⁾	(x)	(x)	(x)	(x)

LRA	Welle	UKW	DAB+	Satellit	livestream
SR 4 2	SR 1	x	x	x	x
	SR 2 KulturRadio	x	x	x	x
	SR 3 Saarlandwelle	x	x	x	x
	UnserDing	x	x	—	x
	antenne saar	—	x	—	x
	Die Maus ^{3) 5)}	—	(x)	—	—
SWR 8	SWR1 Baden–Württemberg	x	x	x	x
	SWR1 Rheinland–Pfalz	x	x	x	x
	SWR2	x	x	x	x
	SWR3	x	x	x	x
	DASDING	x ¹⁾	x	x	x
	SWR4 Baden–Württemberg	x	x	x	x
	SWR4 Rheinland–Pfalz	x	x	x	x
	SWR Aktuell	x ²⁾	x	x	x
WDR 6 3	1LIVE	x	x	x	x
	1LIVE DIGGI	—	x	x	x
	WDR 2	x	x	x	x
	WDR 3	x	x	x	x
	WDR 4	x	x	x	x
	WDR 5	x	x	x	x
	WDR Maus/Die Maus	—	x	x	x
	COSMO	x	x	x	x
	WDR EVENT ⁷⁾	—	x	—	X
Deutschlandradio 2 1	Deutschlandfunk Kultur	x	x	x	x
	Deutschlandfunk Nova	—	x	x	x
	Deutschlandfunk	x	x	x	x
Summe	64 (LRA) + 3 (DRadio) + 6⁵⁾	56 (inkl. DRadio)	16 + 1 (DRadio)		

¹⁾ nur vereinzelte UKW-Frequenzen

²⁾ Singulare UKW Frequenz in Stuttgart

³⁾ siehe WDR

⁴⁾ DVB-S/C auch als BR-Klassik Surround

⁵⁾ gem. Landesrecht/§ 29 Abs. 2 S. 2 MStV zusätzl. beauftragt

⁶⁾ über UKW nur in Sachsen-Anhalt

⁷⁾ eventabhängiges Angebot

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:


Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

27. Mai 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, Deutsche Post 

**Mitteilung
des SV SAXONIA Verlages für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
zum Bezugspreis 2021**

Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes erhöht sich auf 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zuzüglich 42,03 Euro Postversand) beziehungsweise

114,97 Euro (elektronische Ausgabe) aufgrund Vereinbarung vom 11. Mai 2021 mit dem Freistaat Sachsen als Konzessionsgeber.